Beschluss Einfügen eines Kapitel "Gutes Leben für Senior*innen"

Gremium:	Die GRÜNEN Alten Köln
Beschlussdatum:	05.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Einfügen eines neuen Kapitels nach dem Absatz "Wir investieren in Gesundheit und
Pflege"

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern

Zeilennummer:
361

...soll ersetzt werden durch...

Statt eines eigenen Kapitels für Senior*innen sollen die einzelnen – sehr guten – Forderungen an den jeweils passenden Stellen im Wahlprogramm wie folgt eingefügt werden. Neu eingefügte Stellen sind unterstrichen.

Kapitel Innovativ Wirtschaften Zeilen 524 ff.

Digitalisierung vor Ort fördern
Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT"-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Damit alle Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote für digitale Medien ausbauen.

Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von „Smart City" und „Zero Emission City" zusammen und fördern eine schnelle und breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Co-Working-Spaces" und Standorte für mobiles Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

Innovativ Wirtschaften Zeilen 544 ff.

Digitale Ämter – leicht zugänglich
Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei. Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch, dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter" fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 36 ff.

Armut spürbar reduzieren
Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Wir unterstützen auch ältere Menschen und Senior*innen, wieder in Arbeit zu kommen. Gleichzeitig erwarten wir auf Bundesebene eine Rentenpolitik, in der niemand seine Rente aufbessern muss. Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 132ff:

Nachbarschaften für alle Generationen
Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung und Beratung, die zu ihrer jeweiligen Situation passt. Beratungsangebote müssen digital und analog angeboten werden. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume, Parks sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten und öffentlichen Toiletten ausgestattet. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm “Quartier inklusiv”, dass die verschiedenen Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Dadurch werden Senior*innen im Quartier integriert, was Einsamkeit lindert und auch gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept muss sowohl in Großstädten, als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.

Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 220 ff.

Die Arbeit der Zukunft passt zur LebenssituationBeruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir. Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich sinnvoll zu betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 331 ff.

Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen
Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Eine angemessene Bezahlung spiegelt den gesellschaftlichen Wert von Pflegearbeit wider. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

Pflege im Alter
Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Der Bedarf geht von einfacher Freizeitbegleitung über die häusliche Pflege bis hin zur stationären Pflege. Alle diese Aspekte sind wichtig und müssen entsprechend finanziert sein. Eine gute häusliche Pflege ermöglicht es Senior*innen länger in ihrem gewohnten Umfeld leben zu bleiben und Kontakte in der Nachbarschaft zu halten. In der häuslichen Pflege sind oft die Angehörigen, meist die Frauen, gefordert. Das ist oft körperlich und psychisch belastend. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir mehr wohnortnahe ambulante Pflegeangebote. Zur Prävention sollen Senior*innen außerdem Angebote in den Quartieren vorfinden, zum Beispiel von „Fit für 100“. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.

Begründung

Warum wollen wir ein eigenes Kapitel?

Zum Einem möchten wir damit die Senior*innen motivieren, ihre Stimmen für uns anzukreuzen.

Um Anderen muss daher eine zielorientierte Ansprache geben.

Zum Dritten müssen im Programm Aussagen enthalten sein, die auf die Sorgen und Interesse der Alten eine Motivation zu erzeugen, dass sie uns wählen.

Das ist aber in den Programmen von 2017 und dem Entwurf für 2021 nicht der Fall. Daher haben wir für 2022 als GRÜNE Alte einen Entwurf erstellt, der diese Punkte auf den Punkt bringt.

Zum Vierten haben wir beide Texte in Hinsicht auf Aussagen durchgesehen - mit der Suchfunktion. Dort kann man feststellen, dass eine Erwähnung bei den beiden Texten sehr verstreut sind und dass sie kaum für Senior*innen auffindbar sind. Und sie sind nicht spezifisch aus der Perspektive der Alten zugeschnitten sind. Es ist daher kein Wunder, dass es kein entsprechendes Kapitel für die Alten gibt. Und der kurze Text zu den Alten geht auf unsere Interessen nicht ein. Und im neuen Entwurf gibt es im Inhaltsverzeichnis gar nichts, was die den Senior*innen ansprechen kann. Und - wie gesagt - auch ohnehin bei beiden Texten nichts Substanzielles es für die Alten gibt - sieht man ein al von den guten Hinweisen zu dem Bereich des Digitalen gibt, auf den wir in unserem Text uns haben stützen können.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Klingenburg; Wiebke Mandt; Leon Schlömer; Friederike Scholz; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Jochen Schremmer (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Inge Fuhrmann (KV Köln); Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Kathrin Cremer; Brigitta von Bülow (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Thomas Grothkopp (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)